

Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V.
Akazienweg 21
66265 Heusweiler

www.froehnerwald.de
horst.sieglwart@froehnerwald.de

An den Landtag des Saarlandes

Ausschuss für Wirtschaft, Innovation, Digitales, Energie und Grubensicherheit
Ausschuss für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz

Stellungnahme zur Anhörung zum Gesetz zur Förderung des Ausbaus von Erneuerbare-Energien-Anlagen im Saarland (Drucksache 17/823) und zum Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes (Drucksache 17/824)

21.04.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 12.04.2024 wurde der Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V. zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu den o.g. Gesetzesvorlagen gebeten.

Wenngleich wir das Gesetz zur Förderung des Ausbaus von Erneuerbare-Energien-Anlagen im Saarland, mit dem man ganz offensichtlich Akzeptanz in den Gemeinderäten für die in weiten Bevölkerungskreisen unbeliebten Windkraftprojekte „erkaufen“ möchte, als nicht zielführend ablehnen, beschränken wir unsere schriftliche Stellungnahme auf das Gesetz zur Änderung des Landeswaldgesetzes. Der Schutz von Wäldern im Allgemeinen und des Fröhner Waldes zwischen den Gemeinden Heusweiler und Riegelsberg im Besonderen ist unsere satzungsgemäße Aufgabe, der wir verpflichtet sind.

Wir möchten in unserer Stellungnahme zunächst einmal auf nicht haltbare Behauptungen in der Problembeschreibung zum Gesetzesentwurf und seiner Begründung eingehen.

„Aufgrund des Klimawandels sowie der mit den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs einhergehenden Energiekrise kommt der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit durch einen beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien erhebliche Bedeutung zu. Klimaschutz, Versorgungssicherheit und das Ziel einer kostengünstigen und nachhaltigen Energieversorgung machen es erforderlich, die Transformation unserer Energieversorgung bis hin zur Klimaneutralität im Stromsektor deutlich zu beschleunigen.“

Diese Sätze beinhalten derart viele widerlegbare Behauptungen, dass es schwer fällt, hier überhaupt einen Anfang zur Kommentierung zu finden ...

Es gibt zum heutigen Zeitpunkt keine Energiekrise – weder grundsätzlich noch durch den Ukraine-Krieg verursacht. Dies zu behaupten ist völliger Unsinn, der jedweder sachlichen Grundlage entbehrt. Die Strompreise befinden sich (wenn auch auf sehr hohem Niveau) im bundesdeutschen

Normalbereich der letzten 15 Jahre; es gab sogar innerhalb dieses Zeitraums Jahre, in denen die Preise teilweise deutlich höher lagen, was insbesondere an der damals ausufernden EEG-Umlage durch den Ausbau erneuerbarer Energien lag, nachdem man feststellen musste, dass die politisch angepriesene „Trittin’sche Kugel Eis“ mit der Realität recht wenig gemein hatte.

Eine Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, kann zudem niemals durch erneuerbare Energien erreicht werden – auch nicht durch einen beschleunigten Ausbau. Erneuerbare Energien benötigen in Ermangelung von geeigneten industrietauglichen Großspeichern, die es auch in absehbarer Zukunft nicht geben wird, immer konventionelle Backup-Kraftwerke. Diese notwendige Doppelstruktur macht letztendlich auch erneuerbare Technologien sehr teuer, wobei das Kostenproblem umso größer wird, je mehr konventionelle Stromerzeuger durch erneuerbare „ersetzt“ werden sollen.

Es kommt daher nicht von ungefähr, dass in Deutschland weltweit mit die höchsten Strompreise gezahlt werden müssen. Der Strompreis in Deutschland ist aktuell mehr als 2,7 Mal teurer, als im internationalen Durchschnitt. Dies ist das Ergebnis der politisch gewollten Privilegierung erneuerbarer Energien, die zu unangemessenen Belastungen der privaten Haushalte und Unternehmen und in Folge dessen auch aufgrund nicht mehr zu kompensierender Wettbewerbsnachteile zu Produktionskürzungen oder gar Produktionsverlagerungen heimischer Industrien im großen Maßstab führt.

Deindustrialisierung wird somit für Klimaschutz billigend in Kauf genommen; erst kürzlich hat Herr Habeck diesbezüglich seinen Jubel der verwunderten Öffentlichkeit in einem für einen Bundes-Wirtschaftsminister doch mehr als beschämenden Auftritt kundgetan.

Als Backup-Kraftwerke wurden saubere Atomkraftwerke aus ideologischen Gründen abgeschaltet; alle Kohlekraftwerke sollen in Kürze aus Gründen des Klimaschutzes folgen und man setzt stattdessen auf Gaskraftwerke, die es in dieser Form und in der benötigten Menge noch nicht gibt und auch in den nächsten Jahren nicht geben wird.

Nicht die Windkraft wird uns hier in den gar nicht so selten vorkommenden Dunkelflauten retten, sondern der europäische Strommarkt; in unser Region allen voran das französische Atomkraftwerk Cattenom, von dem die Sicherheit der Stromversorgung des Saarlandes und seiner Industrien mittlerweile in nicht unerheblichem Maße abhängt und dessen Schließung politisch lautstark dennoch immer wieder gefordert wird.

Die Netze kommen durch das Abschalten grundlastfähiger Anlagen und das zunehmende Zuschalten volatiler Stromerzeuger gewaltig durcheinander. Netzengpassmanagement-Maßnahmen sind nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Die Kosten für Redispatch, Countertrading und Netzreserve wachsen dabei ins Uferlose (vor 2021: wenige hundert Mio. € / 2021: 2,3 Mrd. € / 2022: 4,2 Mrd. € / 2024-2028 nach vorsichtiger Prognose des Bundesrechnungshofs: mind. je 6,5 Mrd. €).

In dieser gesamten Argumentationskette passt kein einziger Stein aufeinander – auch nicht das Argument des Klimaschutzes. Wenn – auf das Saarland bezogen – nicht das Geldabschöpfen zur Sanierung von Saarforst im Vordergrund steht, so kann man die geplante Gesetzesänderung nur als ideologisch verklärten Aktionismus bezeichnen.

„Dem Klima“ ist der Bau von vielleicht machbaren 100 zusätzlichen Windkraftanlagen hierzulande – davon viele in saarländischen Wäldern völlig gleichgültig – es wird dadurch exakt NICHTS bewirkt ... Dies gilt allerdings nicht für das Mikroklima in unserer Region, das erheblich gestört wird.

Wälder sind CO₂-Senken; sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Regulierung des Klimas. Jeder, der sich in einem Wald bewegt, wird dies unmittelbar nachvollziehen können – die Luft ist frischer und es ist deutlich kühler und feuchter, als in nicht bewaldeten Gebieten.

Es ist daher völlig absurd, große Waldflächen zum Bau von Windkraftanlagen zu opfern – man zerstört damit das, was das Klima am effektivsten zu schützen vermag.

Nach unserer Auffassung haben Windkraftanlagen in Wäldern daher grundsätzlich nichts zu suchen.

Und daran ändern auch wenig belastbare Argumente, die wir in der 1. Lesung zum neuen Gesetz hören mussten, absolut nichts.

„Wir bauen jetzt Windkraft im Wald und dann wird der Wald wieder grün ...“ und „wir nutzen Flächen für Windkraft, die ohnehin schon kaputt sind ...“

Im Fröhner Wald gibt es wie in vielen anderen Wäldern recht große „Schonungen“, in denen vorher nur Fichten standen, die nach Borkenkäferbefall gerodet werden mussten. Hier hat sich selbst ohne jedweden Eingriff des Menschen in kürzester Zeit ein beeindruckendes Biotop mit mehr als 20 unterschiedlichen Baumarten und neuem Lebensraum für unzählige Lebewesen gebildet. Wald hat unglaubliches Regenerationspotential und unter den notleidenden Bäumen warten bereits viele Arten auf Sonne und ihre Chance zu wachsen. Es sind im Übrigen dann auch meist angepasste Arten, die dem Klimawandel standhalten können und sich prächtig entwickeln; wenn man sie denn lässt ... Die Natur weiß dabei am besten, welche Baumarten für welche Flächen geeignet sind. Wenn sie der Meinung ist, dass an einer bestimmten Stelle Ahorn ein geeigneter Bewuchs darstellt, dann wird sie dafür sorgen, dass an dieser Stelle nach einer gewissen Zeit Ahorn wachsen wird ... In den meisten Fällen bedarf es hierzu keinerlei menschlicher Einflussnahme. Wälder brauchen es „wild und frei“ – dies sollten wir als Lehre aus der Vergangenheit endlich beherzigen.

Wenn man derartige Regenerationsflächen mit all ihren Lebensformen im Vergleich zu den üblichen kargen Setzlings-Plantagen als Ausgleichsmaßnahmen für Windkraftanlagen studiert, dann weiß man ziemlich genau, was der richtige und was der falsche Weg ist ...

Das Beste, was man für den Klimaschutz tun kann, ist die Finger von Wäldern zu lassen ... Die Behauptung im Gesetzesentwurf, es gäbe „keine Alternativen“ und „das Gesetz wäre zur Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele und der dadurch bedingten Ausbauziele für die Windenergie an Land zwingend erforderlich“, entbehrt jedweder belastbaren Grundlage. Die Einhaltung von bundesdeutschen Klimaschutzzielen, die dem weltweiten Klima noch nicht einmal signifikant messbar dienen werden, benötigt ganz bestimmt keinen Ausbau der Windkraft an Land ...

„Wir brauchen viel Strom, deshalb müssen wir Windkraft ausbauen ...“

Der erste Teil dieses Satzes ist – weil politisch so gewollt – zumindest für Deutschland korrekt, aber die Konklusion hieraus völlig falsch.

Wenn man berücksichtigt, dass man mit einem Windrad gerade einmal Strom zur Herstellung von wenigen hundertstel Prozent des in den Saarlütten benötigten Wasserstoffs erzeugen kann, dann kann man sich über den bei der Landes-SPD herrschenden Aktionismus nur wundern. Und hier ist noch keine einzige Kilowattstunde für andere energiehungrige Industrien, dem hoheitlich verordneten Wärmepumpenausbau und der e-Mobilität berücksichtigt.

Mit den bereits erwähnten angenommenen 100 zusätzlichen Windrädern erreichen wir somit nicht nur für das Klima NICHTS; wir erreichen ebenso für die energetische Versorgung unseres Landes nahezu NICHTS – außer, dass wir durch politische Entscheidungen in wildem Aktionismus unsere Wälder und damit den Lebensraum unzähliger Arten zerstören oder zumindest empfindlich beeinflussen.

Unsere Auffassungen decken sich mit den Positionen der Naturschutzinitiative e.V., einem bundesweit aktiven und nach § 3 UmwRG anerkannten Umweltverband, in dem mehrere Mitglieder unseres Vorstandes als Landesbeirat Saarland fungieren.

In dieser Funktion waren wir bereits an der Anhörung zur Gesetzesnovelle im Jahre 2017 beteiligt.

Die damalige Präsenz der Herren Harry Neumann (Bundesvorsitzender der Naturschutzinitiative e.V.) und Dr. Klaus Richarz (Deutsche Wildtier Stiftung; ehemaliger Leiter der Staatlichen Vogelschutzwarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland), die sich mit Stellungnahmen in die Anhörung einbrachten, basierte auf unserer Initiative. Diese Stellungnahmen aus 2017 erhalten Sie zur Ergänzung unserer aktuellen Stellungnahme als Dateianlage zu diesem Schreiben.

Unsere Position lautete damals wie heute einfach und unmissverständlich, dass Windräder in Wäldern grundsätzlich nichts zu suchen haben. Der offensichtliche Schaden für Flora und Fauna beim Bau und Betrieb derartiger Anlagen überwiegt jedweden zweifelhaften Nutzen.

Dementsprechend sahen wir in der Gesetzesnovelle aus 2017 in Verbindung mit dem Schutzgut Boden zumindest die Gewährleistung eines Teilschutzes für die saarländischen Wälder; gleichwohl wir der Auffassung waren, dass ein weitergehender Schutz vonnöten gewesen wäre. Umso mehr sind wir nun irritiert, dass selbst dieser Teilschutz aus nicht belastbaren Gründen heraus, aufgegeben werden soll.

Die Naturschutzinitiative e.V. hat aktuell eine druckfrische Broschüre mit dem Titel „Wissenschaftler fordern: Keine Windenergie im Wald! Landschaften und Wälder schützen!“ herausgebracht, in der auf 64 Seiten zahlreiche Wissenschaftler das komplexe Thema „Windkraft im Wald“ beleuchten. Diese Broschüre fügen wir unserer Stellungnahme ebenso als Dateianlage bei.

Wir bitten den saarländischen Landtag unter Abwägung aller Argumente, von einer Änderung des Landeswaldgesetzes dringend abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen
Fröhner Wald – für Mensch und Natur e.V.

Horst Siegwart
1. Vorsitzender

Akazienweg 21
66265 Heusweiler

horst.siegwart@froehnerwald.de
www.froehnerwald.de

Fon 06806 / 85595
Mobil 0172 / 6870180